

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 50 (1977)

Heft: 12

Artikel: Nicht der Politiker, der Soldat bezahlt die Zeche

Autor: Raeber, Martin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicht der Politiker, der Soldat bezahlt die Zeche

Kann der Bürger die Bundesausgaben etwa bei den Sozialaufwendungen oder bei den Subventionen durch Eigenverantwortung und durch Mässigung in seinen Forderungen an den Staat senken helfen, so muss sich die Höhe der Rüstungsausgaben primär nach einem von aussen bestimmten Kriterium richten, nach der potentiellen Bedrohung. Diese aber war in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so massiv wie heute. Wer angesichts dieser Tatsache und der Lücken in unserer materiellen Abwehrbereitschaft für eine Reduktion der Rüstungsanstrengungen plädiert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er das Leben der Wehrmänner leichtfertig aufs Spiel zu setzen gewillt ist.

Angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes wird namentlich von sozialdemokratischer Seite wieder der Ruf nach Einsparungen bei den Rüstungsanstrengungen laut. Erfreulicherweise erhielt jedoch der von Nationalrat Blum namens der SP-Fraktion vorgebrachte Rückweisungsantrag zum Rüstungsprogramm 77 im Nationalrat eine deutliche Abfuhr. Dass die Grosse Kammer zu diesem kurzsichtigen und opportunistischen Ansinnen nicht Hand bot, mag wohl ein Lichtblick sein, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich der Rüstungsausgaben noch in weiten Kreisen — auch in solchen, die es eigentlich wissen müssten — von falschen Maßstäben ausgegangen wird. «Wenn schon gespart werden muss, dann auch bei der Armee», «nach dem Nein zur Mehrwertsteuer darf auch die Armee nicht ungeschoren bleiben» heisst es etwa.

Kein Kuhhandel!

Diese seltsame Logik trägt jedoch der Tatsache keine Rechnung, dass die Höhe unserer Rüstungsausgaben nicht das Resultat eines Kuhhandels zwischen den einzelnen Departementen über den zu verteilenden Finanzkuchen des Bundes sein darf, sondern sich primär nach der potentiellen Bedrohung und nach dem möglichen Kriegsbild zu richten hat. Darin liegt das wesentliche Unterscheidungskriterium zu andern Sparten der Bundesausgaben. Bei den Subventionen etwa oder bei den Sozialausgaben sind die Ansprüche des Bürgers massgebend für deren Höhe. Von seiner Initiative, dem Willen zur Eigenverantwortung und seiner Bereitschaft zur Mässigung hängt es ab, ob diese Staatsausgaben beschränkt werden können.

Die Maxime für Rüstungsanstrengungen

Der Preis für die militärische Sicherheit richtet sich jedoch in letzter Konsequenz nach der Bewaffnung und den Absichten potentieller Gegner. Eine Armee ist nur dann glaubwürdig, wenn sie sich diesen Gegebenheiten permanent anpasst; eine Maxime, die auch der Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik (27. 6. 73) vertritt: «Massgebend für unsere Vorbereitungen muss angesichts der jederzeit einsetzbaren strategischen Waffen und der namentlich auch im europäischen Raum stationierten Armeen die potentielle, das heisst die durch das vorhandene Potential gegebene Bedrohung sein.»

Eine Angriffsarmee

Dass die potentielle Bedrohung heute in Europa mehr denn je vorhanden ist, kann nicht bestritten werden. Und nur Naive oder solche, die dem Volk bewusst Sand in die Augen streuen, können oder wollen nicht erkennen, aus welcher Himmelsrichtung diese Bedrohung kommt. Das östliche Militärbündnis — der Warschauer Pakt — verfügt heute in Zentraleuropa über 58 Divisionen, die kurzfristig durch 30 weitere verstärkt

werden können, über 19 000 Panzer und 2460 Kampfflugzeuge. Insgesamt hat die Sowjetunion heute mehr als 170 Divisionen, die unterschiedliche Stärken aufweisen. Diese konventionelle Streitmacht, unterstützt durch ein beeindruckendes Arsenal nuklearer Waffen, ist weit mehr, als die Sowjetunion für die Verteidigung ihres Gebietes oder für die Aufrechterhaltung der Herrschaft über ihren Machtbereich benötigt. Sollte über die Zahlenstärke hinaus noch ein weiterer Beweis dafür notwendig sein, dass diese enorme Militärmaschinerie für andere Zwecke als nur für den Schutz des «Sozialismus» vor dem «imperialistischen Kapitalismus» bestimmt ist, so findet man diesen Beweis in der Interpretation des zahlenmässigen Potentials: Die Masse besteht aus Panzern und motorisierten Infanteriedivisionen mit stärkster Artillerieunterstützung — genau die Art von Streitkräften, die für eine schnelle Offensive bestimmt ist.

Zudem muss man sich bewusst sein, dass eine derart massive Streitmacht politische Ziele erreichen kann, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Allein durch ihr Vorhandensein kann derjenige, der nicht über genügend Machtmittel verfügt, um einen Angriff unrentabel zu machen, zu Konzessionen gezwungen werden, da ja das Damoklesschwert der bewaffneten Intervention, der er nichts Ernstzunehmendes entgegenzusetzen hat, dauernd über ihm schwebt.

« . . . ein Aufschub des Krieges »

Der eklatante Widerspruch zwischen den sowjetischen Friedensschalmeien einerseits und der forcierten Aufrüstung andererseits lässt sich allerdings durch Lenin erklären, der über die friedliche Koexistenz schrieb: «Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen. Das hier ist ein Aufschub des Krieges» (Lenin, Werke, Band 31). Diese unverrückbaren Tatsachen mögen sich einmal all diejenigen vor Augen führen, die nur allzu gerne dem süssen Sirenengesang aus dem Kreml über Abrüstung und friedliche Koexistenz lauschen.

Die dringendsten Rüstungsbedürfnisse

Diese Fakten und Zusammenhänge dürfen jedoch nicht einfach zur Kenntnis genommen werden, sie verlangen entsprechende Massnahmen unsererseits. So weist unsere materielle Verteidigungsbereitschaft Lücken auf, deren Schliessung keinen Aufschub duldet. Besonders im Bereich der Panzerabwehr werden auch nach Einführung von «Dragon» noch gravierende Mängel auf Kampagniestufe bestehen. Eine weitere Lücke besteht im Flabschutz für die mechanisierten Verbände. Diese Schwergewichtswaffe ausserhalb der Alpen wäre ein erstrangiges Ziel der feindlichen Luftwaffe. Neben der beschlossenen Verdichtung des Raumschutzes durch das amerikanische Kampfflugzeug «Tiger» und der ins Auge gefassten Lenkwaffensysteme drängt sich hier die Einführung eines gepanzerten, beweglichen Flabsystems auf (was zudem den Vorteil haben könnte, dass es in der Schweiz produziert werden könnte). Nicht zu vergessen sind schliesslich auch die Bedürfnisse der Gebirgstruppen, wo namentlich durch die Bereitstellung von Transporthelikoptern eine erhöhte Mobilität zu erreichen ist.

Die Zeche wird mit Blut bezahlt

Die Mängel in der Ausrüstung werden nicht nur von den militärischen Spitzen erkannt, und sie werden nicht dramatisiert. Sie bleiben auch dem Füsilier, dem Gebirgssoldaten, dem Panzerfahrer oder dem Flabkanonier nicht verborgen. Und er weiss, dass, sollte die zeitgerechte Schliessung der Lücken verhindert werden, er für die Unterlassungen anderer dereinst mit seinem Blute bezahlen müsste.

Wer angesichts der potentiellen Bedrohung der riesigen, auf Angriff getrimmten Streitkraft in Zentraleuropa und der Lücken in unserer Abwehrbereitschaft für Sparanstrengungen auf Kosten der Rüstung plädiert, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er das Leben der Wehrmänner aufs Spiel setzt. Sollte es tatsächlich zur ernsthaften Bewährungsprobe für unsere Armee kommen, manch einer, der heute für die Beschneidung der Militärausgaben eintritt, dürfte dereinst wünschen, seine Voten wären nicht protokolliert worden.

Martin Raeber

Auch ein Beitrag zur Stärkung der Panzerabwehr — mehr Panzer

Obwohl andere Rüstungsbedürfnisse noch dringender sind, wäre es zweckmässig, eine Anschlusserie des verbesserten Panzer 68 bald in Auftrag zu geben, um die Zahl der Kampfpanzer im Panzerbataillon nicht wie vorgesehen zu verringern, sondern zu erhöhen.

Qualitative Verstärkung durch den Panzer 68

Eines der Merkmale des bundesrätlichen Leitbildes der militärischen Landesverteidigung in den achtziger Jahren liegt in der Eingliederung von Panzerbataillonen in Feld- und Grenzdivisionen, das heisst in die für den Einsatz ausserhalb des Alpenraumes bestimmten Infanteriedivisionen. Man hat viel darüber gesprochen — wie auch über die Panzerbeschaffung 1974 und 1975 — so dass gelegentlich der Eindruck entsteht, darüber werde die tatsächliche Entwicklung unseres Panzerbestandes vergessen. Unsere Panzerwaffe hat durch die parlamentarischen Beschlüsse von 1974 und 1975 — Bewilligung von 50 und von 110 Panzern 68 — eine qualitative Verstärkung erfahren, ersetzen die 160 vorgenannten Kampfwagen doch den Leichtpanzer AMX 13, der zu Beginn der fünfziger Jahre als Lückenbüsser eingeführt worden war, weil im Zusammenhang mit dem Koreakrieg und der Verschärfung der Spannungen in Europa moderne Kampfwagen für uns nicht erhältlich waren.

Zahlenmässige Schwächung

Zahlenmässig wird die Panzerwaffe aber geschwächt: 200 AMX 13 werden durch 160 Panzer 68 abgelöst. Wie ist es dann möglich, gleichzeitig jeweils zwei Panzerbataillone in die Grenzdivisionen einzufügen, die bisher kein Panzerbataillon hatten, und je ein zusätzliches Panzerbataillon in die Felddivision einzugliedern? Die Antwort lautet: dadurch, dass der Panzerbestand der Panzerbataillone zum Teil herabgesetzt wird, und dadurch, dass jede Mechanisierte Division ein Panzerbataillon verliert. Anders gesagt: unsere Panzer werden neu- und umverteilt. Betroffen ist hauptsächlich die Mechanisierte Division, die man von ihrer Panzerkraft her ehrlicherweise besser als Panzerbrigade bezeichnen würde . . .

Nun, wir beeilen uns, zu betonen, dass wir die Abgabe jeweils eines Panzerbataillons pro Mechanisierte Division an Infanteriedivisionen im Prinzip nicht kritisieren. Es gibt gute Gründe dafür, insbesondere die Luftbedrohung, die sich eindeutig verschärft (bessere Leistungen der taktischen Kampfflugzeuge, wirksamere Bewaffnung derselben). Unsere vergleichsweise bescheidenen Mittel für den Raumschutz lassen es angezeigt erscheinen, die Anmarschwege unserer Gegenschlagsverbände möglichst kurz zu halten, das heisst die Infanteriedivisionen zu befähigen, selber Gegenschläge zu führen.